

SPÖ drängt weiter auf Absicherung

Frauensprecherin Heinisch-Hosek: Studie soll klären, welche arbeits- und sozialrechtliche Varianten für Prostituierte am besten sind

Wien - Mehr Rechte für Prostituierte forderte am Freitag SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gabriele Heinisch-Hosek. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Parlament trat die Politikerin für die Aufhebung der Sittenwidrigkeit und für die Vereinheitlichung der Ländergesetze ein. Überdies will sie auch die fast ausschließlich männliche Kundschaft nicht aus der Verantwortung nehmen.

Mit Justizministerin kurzgeschlossen

Es liege "viele im Argen", so Heinisch-Hosek, die betonte, bezüglich der Umsetzung ihrer Forderungen bereits mit Justizministerin Maria Berger in Kontakt zu sein. Auch für Migrantinnen, die dem "ältesten Gewerbe der Welt" nachgehen, das in Österreich übrigens als solches gar nicht anerkannt ist, müsse mehr getan werden. Geschätzte 70 bis 80 Prozent aller "Sexarbeiterinnen" in Österreich sind Migrantinnen. Für sie hänge die Möglichkeit, der Prostitution nachzugehen, vom Recht auf Aufenthalt und selbstständige Tätigkeit ab. Heinisch-Hosek wolle diesbezügliche Verbesserungen "immer wieder" bei Innenminister Günther Platter einfordern.

Regelungen im Detail unklar

Prostitution ist in Österreich seit 1975 legal, dennoch sei dieses Berufsbild nach wie vor stigmatisiert. Verkehrt etwa eine Minderjährige mit einem Freier, so wird das Mädchen bestraft, der Mann nicht. Wie solcherlei Regelungen aussehen könnten, ist sich Heinisch-Hosek noch nicht ganz sicher: "Vielleicht sollten Kunden auch einen Ausweis haben, den sie den Sexarbeiterinnen vorweisen. Aber darüber sollen sich die Legisten Gedanken machen."

Studie kommt

Laut der SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin soll nun eine Studie klären, welche Art von arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung für Prostituierte die beste Variante ist. Heinisch-Hosek bemängelte, dass österreichweite statistische Erhebungen fehlen und die Regelung der Sexarbeit Sache der Länder sei, was dazu führe, dass es neun unterschiedliche Gesetze gebe.

Verurteilung

Ursprünglich war geplant gewesen, auch eine Prostituierte zu Wort kommen zu lassen. Doch die Frau, die ihrem Beruf unter dem Pseudonym "Angelinadream" nachgeht, entschied sich schließlich anders. In einem offenen Brief teilte sie der Öffentlichkeit mit, dass sie "heute eine starke Frau" sei, die "mit beiden Beinen im Leben" stehe. Dennoch sei es nach wie vor "schwierig, sich eine Akzeptanz in der Gesellschaft zu erkämpfen. Aber was meine Familie und meine Freunde angeht, da ist der Kampf längst gewonnen. Leute aus meiner Umgebung haben es verstanden, dass es primitiv ist, einen Menschen zu verurteilen, gar zu verstoßen, nur weil man seinen Beruf nicht mag". (APA)

Nachlese

[Wiener ÖVP, SPÖ und Grüne für rechtliche Absicherung](#)